

Keine Hoffnung auf Frieden

Auch nach der Rosenrevolution kommen die Verhandlungen mit Abchasien nicht voran

Jahresbericht 2003

Georgien (Abchasien): Bewaffneter Konflikt

Beginn: 1994 (zuvor Krieg 1992-1994)

Beteiligte: Abchasische Rebellen / Georgische Milizen, Georgien

Intervention zur Waffenstillstandsüberwachung: GUS

Der Sturz des georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse im November 2003 hat das politische Umfeld des georgisch-abchasischen Konflikts stark verändert. Die neuen Machthaber vertreten eine deutlich härtere Linie gegenüber den abtrünnigen Gebieten des Landes als die bisherige Führung. Größere militärische Konfrontationen zwischen georgischen Milizen und der abtrünnigen Republik im Nordwesten des Landes, die sich 1992 von Georgien unabhängig erklärt hatte, blieben 2003 aus.

Die politische Geschichte des Verhältnisses zwischen Georgien und seiner Teilrepublik Abchasien spielt in dem Konflikt eine wichtige Rolle. Nach der Russischen Revolution 1917 war Abchasien für kurze Zeit eine eigene Unionsrepublik und wurde erst 1931 als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) in die Georgische SSR eingegliedert. Durch Stalins rigorose Sowjetisierungspolitik wurde die abchasische Kultur in den folgenden Jahrzehnten stark unterdrückt, während gleichzeitig, bis in die 1950er Jahre hinein, gezielt Georgier nach Abchasien umgesiedelt wurden. Dies führte dazu, dass die Abchasen in den letzten Jahren der Sowjetunion nur noch etwa 18 Prozent der Bevölkerung Abchasiens ausmachten, während der Anteil georgischer Einwohner bei 48 Prozent lag.

Ende der 1980er Jahre wurden die Sezessionsbestrebungen in der Abchasischen ASSR immer stärker. Während die Georgische SSR nach Unabhängigkeit von der Sowjetunion strebte, wollten die Abchasen entweder einen eigenen, von Georgien unabhängigen Staat gründen oder aber in der Sowjetunion verbleiben. Im Juni 1992 setzte das abchasische Parlament in Suchumi die Verfassung von 1925 wieder in Kraft und erklärte sich damit zur von Georgien unabhängigen „Republik Abchasien“. Im August 1992 rückten georgische Truppen in Abchasien ein, der Konflikt eskalierte zum Krieg. Unterstützt von Freiwilligen aus dem nördlichen Kaukasus und den in der autonomen Republik stationierten russischen Truppen drängten die abchasischen Rebellen die georgische Nationalgarde in den folgenden Jahren aus Abchasien zurück. Im Mai 1994 wurde ein Waffenstillstand geschlossen, der seitdem von einer 1.800 Mann starken, überwiegend aus Russen bestehenden Friedenstruppe der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie von zuletzt 117 Militärbeobachtern der United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG) überwacht wurde.

Während der Kämpfe von 1992 bis 1994 wurden etwa 8.000 Menschen getötet. Außerdem flüchteten etwa 250.000 Menschen, überwiegend Georgier, aus Abchasien. Damit hatte fast die gesamte georgische Bevölkerung die abtrünnige Republik verlassen. Gegen den Willen Abchasiens begannen viele Georgier jedoch bald, in die abchasische Grenzregion Gali zurückzukehren, die vor dem Krieg zu 98 Prozent georgisch besiedelt war. Parallel dazu entstanden paramilitärische Gruppen wie die etwa 200 Mann starke Weiße Legion und die Waldbrüder. Sie rekrutierten sich hauptsächlich aus georgischen Flüchtlingen, die die Gali-Region zurückerobern wollten.

Im Frühjahr 1998 verstärkten diese georgischen Guerillas ihre Angriffe. Abchasische Milizen führten daraufhin eine „Strafaktion“ gegen die Weiße Legion durch und drängten die Angreifer unter dem Einsatz schwerer Artillerie aus der Gali-Region zurück. Auf abchasischer Seite sollen dabei erneut Freiwilligenverbände der Konföderation der Bergvölker des Kaukasus gekämpft haben. Die Auseinandersetzungen endeten nach wenigen Monaten im Mai 1998. Insgesamt wurden dabei etwa 350 Menschen getötet und 35.000 flüchteten aus Abchasien. Weder die in der abchasisch-georgischen Grenzregion stationierte GUS-Friedenstruppe noch reguläre georgische Einheiten griffen in die Gefechte ein. Die georgischen Paramilitärs wurden allerdings teilweise offen von der georgischen Regierung unterstützt.

Im August 2001 eskalierte die Gewalt erneut, als 450 bis 800 Mann starke Guerilla-Verbände in das teils georgisch, teils abchasisch kontrollierte Kodori-Tal eindrangen. Nach wochenlangen Kämpfen gegen abchasische Sicherheitskräfte wurden sie im Oktober in die russischen Teilrepubliken des Nordkaukasus zurückgedrängt. Erstmals kämpften dabei auf georgischer Seite auch tschetschenische Söldner, die möglicherweise von Teilen der Regierung in Tiflis zur Rückeroberung Abchasiens angeworben worden waren. Insgesamt fielen den bewaffneten Auseinandersetzungen im Sommer und Herbst 2001 mehr als 120 Menschen zum Opfer, darunter auch neun Insassen eines abgeschossenen UN-Hubschraubers. Im darauf folgenden Jahr kam es nur noch zu vereinzelt Gefechten. Abchasische Dörfer wurden jedoch wiederholt von nicht identifizierten Flugzeugen bombardiert. Beobachter werteten diese Bombardements als Versuche Russlands, die Region weiter zu destabilisieren und dadurch ihre andauernde Militärpräsenz im Südkaukasus zu rechtfertigen.

Im Jahr 2003 hat sich die militärische Lage in Abchasien weiter beruhigt. Es kam nur noch vereinzelt zu Schusswechsell in der an Georgien grenzenden Region Gali, bei denen etwa 20 Menschen getötet wurden. Unter den Opfern waren dabei nicht nur georgische und abchasische Polizisten sowie russische Soldaten der GUS-Friedenstruppe, sondern auch Zivilisten. Unbestätigten Berichten der russischen Presse zufolge wurden bei einer Schießerei im abchasisch kontrollierten unteren Kodori-Tal Ende Mai außerdem vier russische und zwei abchasische Soldaten getötet und vierzehn weitere verletzt. Die abchasische Seite, die die GUS-Friedenstruppe als ihre Schutzmacht betrachtete, soll jedoch versucht haben, diesen Zwischenfall zu vertuschen.

Bei vielen Gewalttaten in Abchasien war nur noch schwer zu erkennen, ob es sich tatsächlich um politische Auseinandersetzungen zwischen Georgien und der abtrünnigen Republik handelt. Die zahlreichen Entführungen und Lösegeld-Erpressungen – Aufsehen erregte im Juni 2003 die Entführung von vier UN-

Beobachtern im oberen, von Georgien kontrollierten Kodori-Tal – und die häufigen Fälle von Sabotage an Industrieanlagen legten vielmehr die Vermutung nahe, dass viele Gewalttaten auf das Konto lokaler Gruppen gingen. Sie haben in der instabilen Situation lukrative Einnahmequellen gefunden und sind deshalb nicht an einem formellen Friedensschluss mit Georgien interessiert.

Andererseits könnten auch zunehmende innenpolitische Rivalitäten in Abchasien selbst die immer wieder aufflammende Gewalt erklären. In der ersten Hälfte des Jahres 2003 erlangten Oppositionelle mit radikal anti-georgischer Rhetorik dort immer größeren Einfluss. Sie forderten den Anschluss ihrer Republik an Russland. Unter dem Druck der Opposition trat die abchasische Regierung unter Premier Gennadij Gagulia im April 2003 zurück. Die politischen Auseinandersetzungen fanden dabei durchaus nicht nur verbal statt. So wurde wenige Tage nach dem Rücktritt der Regierung das Büro der prominentesten Oppositionspartei Amtschara in der abchasischen Hauptstadt Suchumi durch eine Explosion zerstört, mehrere Menschen wurden verletzt.

Die Positionen in den von den UN vermittelten Friedensverhandlungen zwischen Georgien und Abchasien blieben auch 2003 verhärtet: Abchasien weigerte sich strikt, Gespräche auf der Grundlage des Papiers „Über die Verteilung der Kompetenzen zwischen Tiflis und Suchumi“ von 2002 zu führen, weil dieses Dokument von der Unverletzlichkeit der georgischen Grenzen ausging und Abchasien lediglich weitreichende Autonomierechte zugestand. Zu weiteren Zugeständnissen war Georgien unter keinen Umständen bereit. Die Unabhängigkeit Abchasiens, so die Führung in Suchumi, sei jedoch fest in der abchasischen Verfassung verankert und 1999 in einem Referendum bestätigt worden. In der Tat fehlten jedem Kompromissangebot an Abchasien bisher konkrete Sicherheitsgarantien für den Fall, dass die georgische Regierung erneut versuchen sollte, den Konflikt wie 1992 militärisch zu entscheiden. Auf den Schutz der internationalen Gemeinschaft kann sich Suchumi in dieser Hinsicht nicht verlassen, denn diese hatte schon damals versäumt, die einseitige Gewaltanwendung Georgiens zu verurteilen.

Erschwert wurden die Friedensverhandlungen außerdem durch die deutliche Parteinahme Russlands für die abchasischen Separatisten. Russische Truppen hatten Abchasien schon im Krieg von 1992 bis 1994 militärisch unterstützt. Russische Soldaten sind – entgegen internationaler Vereinbarungen – bis heute auf dem Militärstützpunkt in Gudauta stationiert. 2002 begann Russland außerdem, Pässe in Abchasien zu verteilen und erkannte so mehr als der Hälfte der 320.000 Einwohner Abchasiens die russische Staatsbürgerschaft zu. Ende 2002 wurde die Bahnstrecke vom russischen Kurort Sotschi nach Suchumi wieder eröffnet, im Juli 2003 der Fährverkehr mit Abchasien wieder aufgenommen. Damit verstieß Russland klar gegen mehrere GUS-Resolutionen, die auf die wirtschaftliche und politische Isolation Abchasiens zielten. Das georgische Parlament kritisierte dies scharf als eine „De-facto-Annexion“ von Teilen Georgiens. Die Weiße Legion kündigte ihren Widerstand gegen die Wiederaufnahme des Zugverkehrs an.

Ebenso parteiisch wie Russland waren in diesem Konflikt auch die USA, die Georgien seit April 2002 im Rahmen des „Georgian Train and Equip“-Programms mit Militärberatern und technischem Gerät unterstützten. Im Oktober 2003 wurde das Programm für drei weitere Jahre verlängert. Abchasien betrachtete diese Entwicklung

mit großer Sorge – besonders, seit Teile der mit US-amerikanischer Hilfe ausgebildeten Spezialeinheiten in anderen abtrünnigen Gebieten Georgiens stationiert wurden. Im März 2003 haben Georgien und die USA außerdem ein Sicherheitsabkommen unterzeichnet, das US-Militärs zahlreiche Privilegien gewährt: Sie dürfen visafrei ein- und ausreisen, Waffen in Georgien stationieren und genießen Immunität vor georgischen Gerichten. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Tiflis haben sich nach diesem Abkommen erheblich verschlechtert.

Nichtsdestotrotz konnten sich der russische Präsident Wladimir Putin und Eduard Schewardnadse im März 2003 bei einem Treffen in Sotschi auf erste Schritte zur Verbesserung der abchasisch-georgischen Beziehungen einigen. Sie wollen die Rückführung der im Krieg 1992/93 geflohenen Georgier nach Abchasien beschleunigen. Erst wenn diese begonnen hat, soll der Zugverkehr offiziell wieder aufgenommen werden. Darüber hinaus ist geplant, das Inguri-Kraftwerk an der georgisch-abchasischen Grenze wieder in Betrieb zu nehmen. Durch die wirtschaftliche und administrative Zusammenarbeit hofft man, Schritt für Schritt einer politischen Lösung näher zu kommen.

Auch das Mandat der GUS-Friedenstruppe, über das zu Jahresbeginn heftig gestritten und das eineinhalb Monate lang nicht erneuert worden war, wurde im März 2003 bis auf Weiteres verlängert, das Einsatzgebiet der Friedenstruppe sogar ausgeweitet. Sowohl die abchasische Seite als auch die UN stimmten diesen Vereinbarungen nachträglich zu – letztere ist für die Durchführung ihrer unbewaffneten Beobachtermission ohnehin auf den Schutz der GUS-Truppe angewiesen. Außerdem beschlossen die Vereinten Nationen im Juli 2003, zusätzlich zur UNOMIG 20 Zivilpolizisten in die Grenzregion zu schicken, die die lokale Polizei auf den Schutz der zurückkehrenden Flüchtlinge vorbereiten sollten.

Wie sich der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien in Zukunft entwickelt, ist nach dem Sturz Schewardnades vollkommen unklar. Der Präsident war am 22. November 2003 von oppositionellen Demonstranten aus dem Parlament vertrieben worden und hatte einen Tag später seinen Rücktritt erklärt. Interimspräsidentin Nino Burdschanadse kündigte Neuwahlen für den 4. Januar 2004 an. Gemeinsamer Präsidentschaftskandidat der Opposition ist Michail Saakaschwili, der die Protestdemonstrationen vor dem Machtwechsel angeführt und die Georgier mit radikaler und teilweise nationalistischer Rhetorik hinter sich vereint hatte. Er vertrat eine weitaus härtere Linie gegenüber den Separatisten als die bisherige Regierung. Nach seiner Ankündigung, die Kontrolle der georgischen Zentralgewalt auf alle Gebiete des Landes ausweiten zu wollen, hat die abchasische Führung ihre Truppen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt und Gesandte nach Moskau geschickt, um eine verstärkte Anbindung an Russland zu diskutieren.

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Akaba, Natella: Georgian-Abkhazian conflict: Rooted in the Past, Resolved in the Future, in: *Central Asia and the Caucasus* 1 (2000), S.117-121

Coppieters, Bruno: Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien

und Abchasien (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 12), 1999

Grab, Paula/Inal-Ipa, Arda/Zakareishvili, Paata (Hrsg.): Aspects of the Georgian-Abkhazian Conflict, Irvine 2001

Khaindrava, Ivlian: Karabakh and Abkhazia: The dynamics of non-settlement, in: Central Asia and the Caucasus, Vol. 1, Nr. 13 (2002), S. 80-91

Spelten, Angelika: Der Kaukasus zwischen Krise und Entwicklung: Das Beispiel des georgisch-abchasischen Konflikts (Dokumentation der Stiftung Entwicklung und Frieden), Bad Honnef 2000

<http://www.apsny.org> (Abchasien)

<http://www.eurasianet.org> (Central Eurasia Network des Open Society Network)

<http://www.iwpr.net> (Institute for War and Peace Reporting)

<http://www.tol.cz> (Transition Online)

<http://www.unomig.org> (United Nations Observer Mission in Georgia)

ENDE

Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Er darf ohne Genehmigung der Autorin nicht weiterverwertet werden. Insbesondere darf er nicht ganz oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden.